

Antragsteller: **Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Schutz von Christen in der Welt stärken

Der 38. CDU-Parteitag möge beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Schutz verfolgter Christinnen und Christen weltweit stärker in den Fokus ihrer außen-, menschenrechts- und entwicklungspolitischen Arbeit zu stellen.
2. Bei bilateralen Gesprächen mit Staaten (Nordkorea, Somalia, Jemen, Nigeria, etc...), in denen Christen diskriminiert, bedroht oder Opfer von Gewalt werden, ist die Lage der Religionsfreiheit ausdrücklich anzusprechen.
3. Die Bundesregierung soll Programme und Initiativen unterstützen, die der Stärkung und dem Schutz religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher Gemeinden in Krisen- und Konfliktregionen – dienen.
4. Auf europäischer Ebene sollen Initiativen vorangetrieben werden, die religiöse Freiheit effektiver schützen und Menschenrechtsverletzungen an religiösen Minderheiten konsequent sanktionieren.
5. Der jährliche Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit soll stärker auf die konkrete Situation christlicher Minderheiten eingehen und zusätzliche Handlungsempfehlungen enthalten.

Begründung:

Religionsfreiheit gehört nicht nur zu den zentralen Grund- und Menschenrechten, sondern ist auch wesentlicher Bestandteil unseres Wertefundaments. Dennoch erleben Christen in vielen Regionen der Welt weiterhin massive Verfolgung, Diskriminierung und Gewalt. Von Einschränkungen der freien Religionsausübung über soziale Ausgrenzung bis hin zu systematischen Übergriffen, denen Millionen von Christinnen und Christen ausgesetzt sind.

Gleichzeitig wird in der öffentlichen Debatte die Lage verfolgter Christen häufig nur am Rande wahrgenommen. Während zahlreiche Stimmen sich mit großem Engagement für den Schutz von Zivilisten in aktuellen Krisen – etwa im Gazastreifen – einsetzen, findet die weltweite Christenverfolgung vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Der Schutz einer Bevölkerungsgruppe darf jedoch nicht gegen das Leid einer anderen aufgewogen werden. Menschenrechte sind universell und unteilbar; alle Opfer von Gewalt und Unterdrückung verdienen gleichermaßen Beachtung und Solidarität.

29 Deutschland und Europa tragen eine besondere Verantwortung dafür, religiöse Freiheit zu
30 verteidigen und bedrohte Minderheiten wirksam zu unterstützen. Ein verstärktes
31 politisches Augenmerk auf die Lage verfolgter Christen ist notwendig, um ihrer schwierigen
32 Situation gerecht zu werden, internationale Partner zur Achtung der Religionsfreiheit zu
33 verpflichten und gefährdeten Gemeinden konkrete Perspektiven zu eröffnen.